

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 53 (1974)
Heft: 4

Artikel: Ideologische Offensive der Sozialdemokratie
Autor: Day, Alan J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338824>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Profil

Alan J. Day

Ideologische Offensive der Sozialdemokratie

Europas Sozialdemokratie verfügt heute über eine Stärke und Vitalität, die zu gewinnen noch vor wenigen Jahren jenseits aller Erwartungen und Hoffnungen gelegen hätte.

Viele Faktoren zusammen brachten diesen Aufschwung zuwege. Ein Umstand war dabei von entscheidender Bedeutung, ein Umstand, der in bewährter dialektischer Weise teils Ursache, teils Wirkung dieser neuen Lebenskraft der Sozialdemokratie war, nämlich der, dass es ihr nach zwei Jahrzehnten des Niedergangs gelang, eine ideologische Offensive zu starten, bislang zwar noch mit verhaltener Kraft, aber nichtsdestoweniger von grundsätzlicher Bedeutung für ihre künftige Entwicklung.

Die gegenwärtige Stabilität der europäischen Sozialdemokratie ist das Resultat einer bemerkenswerten Veränderung; besonders charakteristisch in diesem Zusammenhang war der in den 50er und 60er Jahren allgemein herrschende Mangel an Vertrauen, der schliesslich zu den hochgespannten Hoffnungen (und beachtlichen Errungenschaften) der unmittelbaren Nachkriegsjahre führte. Die Wahlbeteiligung und die Mitgliederzahlen der Parteien gingen ständig zurück, und viele Kommentatoren machten sich mit dem Gedanken vertraut, die Sozialdemokratie als geschichtlich überholt abzuschreiben. Dann kam am Ende der 60er Jahre der Wandel. Überall in Europa begannen sozialistische und Arbeiterparteien bei den Wahlen aufzuholen. Zur gleichen Zeit kehrte auch allmählich das Vertrauen in die eigene Ideologie und Tatkraft zurück. Die Sozialdemokraten begannen damals, ihre politischen Debatten mit mehr Nachdruck zu betreiben. Neben der Einführung von Reformen unterzogen sie das Gesellschaftssystem als solches einer kritischen Prüfung und waren bestrebt, der sozialdemokratischen Politik in den 70er Jahren einen neuen ideologischen Rahmen zu geben.

In ganz Europa ist dieses Interesse an sozialistischer Ideologie spürbar. Es überrascht nicht mehr, wenn Sozialdemokraten Werke von Rosa Luxemburg, Engels, Marx und anderen lesen. Einige Parteien haben umfangreiche interne Diskussionen darüber geführt, was demokratischer Sozialismus in der heutigen Zeit bedeutet; und dabei sind zahlreiche ausserordentlich wertvolle Dokumente entstanden. Einige Parteien haben sogar

regelrechte Konferenzen über Fragen der Ideologie abgehalten. Die ständige kritische Betrachtung der letzten Labour-Regierung in Grossbritannien und die Debatte darüber, welchen Standpunkt die nächste einnehmen solle, sind ganz klar Bestandteil dieser weitgreifenden Bewegung, obwohl die besonderen englischen Umstände der Diskussion eine spezifische Note verleihen.

Auf dem Kontinent nahm eine der interessantesten ideologischen Offensiven in Österreich ihren Ausgang. Die regierende Sozialistische Partei unter Kanzler Bruno Kreisky versucht dort, nicht nur den Inhalt ihres Regierungsprogrammes für die laufende Legislaturperiode darzustellen, sondern auch die ideologischen Grundsätze, die für eine sozialdemokratische Partei der 70er Jahre von Bedeutung sind. Das soll nun keineswegs heissen, dass die SPÖ sich auf einen linksextremistischen Kurs begeben hätte oder in marxistische Metaphysik versinken würde. Ganz im Gegenteil, die Diskussion wurde bislang sehr verhalten, ruhig in der Sprache und umfassend in der Thematik geführt. Mit der Einleitung dieser Debatte verfolgte die Parteiführung im wesentlichen das Ziel, den ideologischen Rahmen für eine sozialdemokratische Volkspartei abzustecken, die für nicht-sozialistische Wählerschichten – deren Unterstützung Bruno Kreisky bei den letzten Wahlen seine absolute Mehrheit verdankt – eine ständige Attraktion darstellen kann.

Unabhängig davon geht jedoch wie eh und je die Diskussion über Grundsatzfragen weiter. Was sich geändert hat, ist der soziale Kontext. Hierbei ist es wichtig zu vermerken, dass sich die Sozialistische Partei Österreichs eindeutig dafür ausgesprochen hat, das bestehende Gesellschaftssystem lieber zu verändern als zu reformieren, die gesellschaftlichen Verhaltensregeln lieber umzuwandeln als sich ihnen unterzuordnen. Die Partei ist sich darüber im klaren, dass das eine weitaus komplexere und schwierigere Aufgabe ist, als die herkömmlichen sozialistischen Schlagwörter es vermuten lassen.

Die Umrisse der ideologischen Offensive der europäischen Sozialdemokratie werden nun deutlich. In Norwegen haben neue Gedanken ihren Ursprung, wie man Demokratie auch auf das tägliche Leben ausdehnen könnte, insbesondere am Arbeitsplatz. In Frankreich konzentriert man die Bemühungen hauptsächlich auf den wirtschaftlichen Bereich; man fragt sich, wie man am besten soziale Kontrolle über Industrie und Finanz ausüben könnte, während die italienischen Sozialisten neue Ideen über Wirtschafts- und Regionalplanung präsentieren. Die holländische Arbeiterpartei ist an vielen Fronten gleichzeitig aktiv; der vielleicht interessanteste Versuch gilt dem Problem, wie man am besten die Parteitätigkeit über den Bereich der Politik im engeren Sinne auf die Gesellschaft insgesamt ausweiten könnte. In Schweden bemühen sich die Sozialdemokraten darum, ein umfassendes Gleichheitsprogramm zu verwirklichen, von dem sie zu Recht annehmen, dass es zum Kernstück sozialdemokratischer Strategie gehört.

Dies sind nur einige der Strömungen, die heute machtvoll in den Sozialdemokratien Europas spürbar werden, wobei alle nationalen Parteien von unbeschränktem Ideen- und Erfahrungsaustausch profitieren. Und da die Entwicklung hin zu einer europäischen Zusammenarbeit immer schneller voranschreitet, innerhalb und ausserhalb der EWG, wächst auch ständig der Umfang und das Bedürfnis nach einer einheitlichen sozialdemokratischen Vorstellung darüber, wie die Gesellschaft organisiert sein sollte. Die Ideologie-Offensive der Sozialdemokratie ist dabei, diese Konzeption zu liefern.

Wie gesagt geht man bei dieser Offensive eher sondierend und vorsichtig vor. Bruno Kreisky selbst hat geäussert, dass die Sozialdemokraten sich vor allem darum bemühen müssten, den Spielraum dessen, was politisch möglich ist, auszudehnen. Sie müssten in der Lage sein, ihre Ideale in Politik umzusetzen, die praktisch durchführbar und für eine moderne Industriegesellschaft bedeutungsvoll ist. Wenn sie die bestehenden Grundlagen der Gesellschaft ändern wollten, müssten sie die Leute erst einmal davon überzeugen, dass ihre neuen Massstäbe besser seien. Und das ist nicht so leicht, wie jeder sozialdemokratische Politiker weiss. Man braucht sich nur die Lage der Sozialdemokraten in der Bundesrepublik vor Augen zu halten, um zu erkennen, wie eng der Spielraum des politisch Durchsetzbaren in Wirklichkeit ist.

Diskussionen über die Ausweitung des politischen Spielraums sind nicht dazu angetan, die Begeisterung der militanten Mitglieder vieler sozialistischer Parteien zu erregen. Sie ziehen es vor, auf die wohlbekannten Versäumnisse der «revisionistischen Sozialdemokratie» seit dem Kriege hinzuweisen und die Rückkehr zu sozialistischer Reinheit zu fordern.

Viel realistischer ist die These, dass die Sozialdemokratie aus einer Reihe von Gründen heraus (polarisierende Wirkung des Kalten Krieges, Erfolg des Kapitalismus nach dem Kriege usw.) einfach nicht über genügend politische Autorität verfügte, um Einfluss auf den Gang der Dinge zu bekommen. Lenin würde gesagt haben, es war nicht der richtige Zeitpunkt. Auch die zahlreichen Reden der Neo-Leninisten über die Verbürgerlichung und das mangelnde Rückgrat der sozialdemokratischen Führungsspitze konnten nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass der notwendige Spielraum ganz einfach nicht vorhanden war.

Ende der 60er Jahre begann der notwendige Spielraum allmählich Wirklichkeit zu werden. Es kam zur Entspannung zwischen Ost und West. Im Westen zeigte sich immer deutlicher, dass ungezügelter Kapitalismus eine Bedrohung für die Gesellschaft darstellt und zu regionalen Gleichgewichtsstörungen, willkürlichem Überfluss, zu Umweltverschmutzung und wirtschaftlichen Ungleichheiten führt. Zur selben Zeit trat das ein, was man mit «demokratischem Aufstand» in ganz Europa bezeichnen könnte. Überall, in Fabriken, Universitäten, Städten verspürten die Menschen den Wunsch, bei den Entscheidungen, die ihr eigenes Leben betreffen, mitzuwirken.

Die sozialdemokratischen Parteien übernahmen allmählich die ihnen gemässse Rolle als Hüter und Verfechter der sozialen Kontrolle über die Wirtschaft und die Rolle als Medium zur Kanalisierung demokratischer Beteiligung der Bevölkerung.

Zur gleichen Zeit erlebte die Sozialdemokratie eine bescheidene Stärkung ihres Ideologievertrauens. Sie braucht und verdient dieses Vertrauen. Professor Jahn schreibt über diesen Punkt am Ende seines jüngst erschienenen Buches:

«Die praktische Überzeugung, dass Anstand, Mässigung und Freiheit nicht nur wesentliche Zielvorstellungen eines guten Lebens sind, sondern auch im Leben praktiziert werden können, ist fast heroisch in einem Jahrhundert, das soviel Schrecken und Grausamkeit erlebt hat, die alle im Namen grosser Ideale begangen wurden. Aus diesem Grunde wehren sich Sozialdemokraten gegen das Etikett «Idealist». Ihre grösste Stärke liegt darin, dass ihre Ideale diejenigen sind, nach denen alle zivilisierten Menschen leben müssen, wenn sie ehrlich gegenüber sich selbst sein wollen.

Man muss doch erst mal eine Grundsatzeinstellung haben. Ich will versuchen, das deutlich zu machen: Das imperative Mandat – das heisst Bindung des Behördemitglieds an Parteibeschlüsse (Red.) – wurde in der sozialistischen Bewegung verschiedentlich vertreten, am härtesten – und das ist interessant – von den Anarchisten um Bakunin. Diesem imperativen Mandat ist schon Friedrich Engels entgegengetreten. Der hat gesagt: «Wofür brauchen wir dann überhaupt noch Delegiertenversammlungen oder Ähnliches und lassen nicht gleich ,unten' entscheiden?»

Rudi Arndt, Oberbürgermeister (SPD) der Stadt Frankfurt a. M.